

Berliner Morgenpost

WWW.MORGENPOST.DE

Ressort Berlin aus der Morgenpost vom Sonntag, 22 Dezember 2002

Eine heimliche Revolution schleicht sich in Ämter und Politik

Die Revolution kommt - und keiner merkt's. Der Senat hat auf der letzten Sitzung des Jahres heimlich, still und leise etwas Umstürzlerisches beschlossen. Ein Instrument, um Denken und Handeln von Beamten und Politikern umzukrempeln.

Unsexy kommt die Revolution daher: «Aufbau eines finanz- und fachpolitischen Controllingverfahrens in der Berliner Verwaltung». Wieder so ein Verwaltungsreform-Zeugs, mögen viele denken. So wie Produktkataloge, Kosten- und Leistungsrechnung oder wie die Hilfsmittel hießen, um Durchblick im Behörden-Dschungel zu schaffen. Aber diesmal bewegt sich der Plan auf einer anderen Ebene: Nicht der Preis für einen Sozialhilfebescheid steht im Fokus des «Ziel-Wirkungsorientierten Controllings», sondern die Frage, mit welchen Instrumenten man die gesteckten Ziele am kostengünstigsten erreicht. Experten rechnen mit Einsparungen von bis zu 20 Prozent allein dadurch, dass Geld gezielter eingesetzt wird.

Finanzzahlen des lebensfernen Haushalts werden in einem Internet-gestützten Software-System erstmals mit fachpolitischen Daten verknüpft. Im Ergebnis kann ein Parlamentarier oder ein Senator erkennen, ob er das Ziel, Sozialhilfeempfänger in Arbeit zu bringen, besser mit Lohnkostenzuschüssen für Firmen oder mit eigenen Beschäftigungsprogrammen erreicht. Auch werde erkennbar, ob ein Jugendhilfe-Träger die bestellte Leistung liefert, «oder ob das eine Selbstverwirklichungsgruppe ist», sagt die SPD-Abgeordnete Kirsten Flesch, die seit Jahren für eine moderne Verwaltung kämpft.

Seit 1997 schon arbeiten die Berliner Verwaltungsreformer mit der Beraterfirma Hauser, Furch und Partner an dem neuartigen Controllingsystem. Aber jahrelang wurde die Einführung von Beamten in der Finanzverwaltung blockiert, obwohl sich zwischenzeitlich bereits das Bundeskanzleramt und das Land Hessen dafür interessierten. Als sich die Macher im Herbst verzweifelt an Finanzsenator Thilo Sarrazin wandten, erkannte der Ex-Manager sogleich die Potenziale. Nun soll das System bis Mitte 2003 zunächst die Ausgaben für Soziales, Jugend und Wohnen steuern. Auch der neue Polizeipräsident Dieter Glietsch will mitmachen. Der stellte fest, dass er zwar eine Menge Geld ausgibt, aber nicht sagen kann, welche Mittel ihn dem Ziel «Innere Sicherheit» am nächsten bringen.

In der Politik werde es völlig andere Diskussionen geben müssen, glaubt Kirsten Flesch. Nicht mehr einzelne Haushaltstitel stünden im Mittelpunkt, sondern die Frage, wie die Politiker erreichen, was sie eigentlich wollen. Darüber können sie ja unterm Weihnachtsbaum in

Ruhe nachdenken. Denn Eierei und Geschenke an mächtige Lobbys dürften künftig stärker auffallen.

URL dieses Artikels: <http://www.morgenpost.de/content/2002/12/22/berlin/571952.html>